

Mittelstand und Familienunternehmen

| | |
|-------------|--------------------------------|
| Quelle | WELT am SONNTAG vom 11.10.2009 |
| Seite | 26 |
| Ausgabe | Mantel |
| Jahrgang | 2009 |
| Nummer | 41 |
| Ressort | Wirtschaft |
| Seitentitel | WSBE-VP1 |
| Autor | Tobias Kaiser |
| Urheberinfo | © Axel Springer AG |



Mittelstandsumfrage: Unternehmen verlangen Subventionsabbau

Umfrage von BDI, IKB und Ernst & Young

* Deutsche Mittelständler sind wieder zuversichtlicher. Das ergab auch eine Umfrage des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn im Auftrag des **Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI)**, der Mittelstandsbank IKB und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young. Befragt wurden die Geschäftsführungen von 1012 mittelständischen Unternehmen. Die Grundstimmung ist demnach zwar noch immer negativ. Seit dem Frühjahr hat sich die Lagebeurteilung jedoch erheblich verbessert; außerdem erwarten die Firmen für die kommenden zwölf Monate eine weitere Aufhellung. Die Meinungsforscher fragen zwar ab, wie die Unternehmen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen beurteilen, tatsächlich ist der Umfragewert tendenziell aber ein Stimmungsindikator, weil viele Manager in ihren Antworten auch die konjunkturelle Lage berücksichtigen. Die Umfrage wurde zwischen Anfang September und Anfang Oktober durchgeführt, die Ergebnisse der Bundestags-

wahl sind daher nur teilweise eingeflossen.

Firmen hoffen auf weniger Staatsausgaben ...

* Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte soll im Verlauf der Wirtschafts- und Finanzkrise auf zwei Billionen Euro steigen. Der überwiegende Teil der Firmen erwartet, dass die neue Bundesregierung darauf mit Ausgabenkürzungen reagiert: 96 Prozent der Befragten glauben, dass Ausgabenkürzungen angesichts der Haushaltslage auf jeden Fall oder tendenziell geboten sind.

... wünschen sich einen Abbau der Subventionen ...

* Die befragten Firmen haben auch klare Vorstellungen, wie die Bundesregierung Ausgaben reduzieren kann: Eine Mehrheit von 89 Prozent der Befragten fordert, Subventionen zu kürzen - inwieweit die Firmen bereit wären, auf Subventionen zu verzichten, von denen sie selbst profitieren, ist allerdings nicht klar.

... und mehr private Vorsorge

* Mehr als zwei Drittel der Firmen fordern auch, Arbeitnehmer stärker privat

für ihr Alter vorsorgen zu lassen, um die gesetzliche Sozialversicherung zu entlasten. Höhere Einkommen und Vermögen würden die befragten Firmenlenker aber ungern antasten: Nur ein Drittel wäre dafür. Beiträge zur Sozialversicherung und damit auch die Lohnnebenkosten zu erhöhen, lehnen die Firmen fast durchgehend ab.



Quelle DIE WELT vom 12.10.2009
Seite 10
Ausgabe Allgemeine Ausgabe
Jahrgang 2009
Nummer 237
Ressort Wirtschaft
Seitentitel DWBE-HP
Urheberinfo © Axel Springer AG

Der Mittelstand blickt wieder mit Zuversicht in die Zukunft

Mehrheit erwartet Subventionskürzungen

Frankfurt/Main - Die Zuversicht im deutschen Mittelstand wächst wieder. Eine Befragung unter den Geschäftsführern von rund 1000 mittelständischen Unternehmen ergab nach einem Bericht der "Welt am Sonntag", dass sich die Stimmung seit Frühjahr stark verbessert hat. Auch für die kommenden zwölf Monate seien die Firmenlenker wieder optimistischer gestimmt.

Mehr als 96 Prozent der im Auftrag des **Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)**, der Mittelstandsbank IKB und des Beraters Ernst & Young befragten Unternehmen glauben, dass Ausgabenkürzungen nötig sind, um die Staatsverschuldung zu senken. Sie erwarten, dass der Staat künftig Subventionen kürzt und die private Vorsorge stärkt, um die gesetzliche Sozialversicherung zu entlasten.

Rund 86 Prozent der Unternehmen fin-

den der Umfrage zufolge, dass Subventionskürzungen die richtige Maßnahme sind, um die öffentlichen Haushalte ins Lot zu bringen. Mehr als zwei Drittel der Unternehmen fordere auch, künftig Arbeitnehmer stärker privat für ihr Alter vorsorgen zu lassen. Höhere Einkommen und Vermögen würden die befragten Firmenlenker allerdings äußerst ungern antasten: Nur ein Drittel wäre dem Bericht zufolge dafür. Beiträge zur Sozialversicherung und damit auch die Lohnnebenkosten zu erhöhen, lehnten die Firmen fast durchgehend ab, lediglich 5,5 Prozent hielten diese Maßnahme für geeignet.

Unterdessen forderten Wirtschaftsvertreter die neue schwarz-gelbe Bundesregierung auf, alle Weichen für eine möglichst rasche Überwindung der Krise zu stellen. Die Stabilisierung des Finanzsektors müsse oberste Priorität haben,

sagte der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Martin Kannegiesser. Es müsse sichergestellt werden, "dass hier nicht erneut ein Einbruch passiert, der uns wieder in der Realwirtschaft den Teppich unter den Füßen wegziehen würde." Steuersenkungen hält Kannegiesser in der gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Situation für zweitrangig.

Auch der Chef des Münchener Ifo-Wirtschaftsforschungsinstituts, Hans-Werner Sinn, hält die Bankenkrise noch nicht für ausgestanden. Er rechnet mit einer weiteren Verschärfung der Kreditklemme infolge der Eigenkapitalverluste der Banken. Diese könne gerade in Deutschland den Aufschwung abwürgen, warnte Sinn. DW

Quelle WELT KOMPAKT vom 12.10.2009
Seite 13
Ausgabe Gesamtausgabe
Jahrgang 2009
Nummer 197
Ressort Wirtschaft
Seitentitel DWKBE-HP
Urheberinfo © Axel Springer AG

Mittelstandist wieder zuversichtlicher

Frankfurt/Main - Die Zuversicht im deutschen Mittelstand wächst wieder. Eine Befragung unter den Geschäftsführern von rund 1000 mittelständischen Unternehmen ergab nach einem Bericht der "Welt am Sonntag", dass sich die Stimmung seit Frühjahr stark verbessert hat. Auch für die kommenden zwölf Monate seien die Firmenlenker wieder optimistischer gestimmt. Mehr als 96 Prozent der im Auftrag des

Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), der Mittelstandsbank IKB und der Beraterfirma Ernst & Young befragten Unternehmen glauben, dass Ausgabenkürzungen nötig sind, um die Staatsverschuldung zu senken. Sie erwarten, dass der Staat Subventionen kürzt und die private Vorsorge stärkt, um die gesetzliche Sozialversicherung zu entlasten.

Rund 86 Prozent der Unternehmen fin-

den, dass Subventionskürzungen die richtige Maßnahme sind, um öffentliche Haushalte ins Lot zu bringen. Mehr als zwei Drittel der Firmen fordere auch, künftig Arbeitnehmer stärker privat für ihr Alter vorsorgen zu lassen. Höhere Einkommen und Vermögen würden die befragten Firmenlenker allerdings ungern antasten.

Quelle Hamburger Abendblatt vom 12.10.2009
Seite 21
Ausgabe Hamburger Abendblatt Gesamtausgabe
Jahrgang 2009
Nummer 237
Ressort Wirtschaft
Urheberinfo © Axel Springer AG

Mittelstand für Zukunft optimistischer ++ Deutsche stocken ihre Vorräte beim Heizöl auf ++ Verstaatlichte Banken sollen Firmen stützen ++ Daimler will Leihautos weltweit anbieten ++ Pfandbrief-Kurse

Mittelstand für Zukunft optimistischer

Frankfurt - Die Zuversicht im Mittelstand wächst. Die Stimmung in den Geschäftsführungen habe sich seit dem Frühjahr verbessert. Auch für die nächsten zwölf Monate seien die Firmenlenker optimistisch, geht aus eine Befragung bei 1000 Unternehmen hervor. Das berichtet die "Welt am Sonntag". Auftraggeber für die Umfrage waren der **Bundesverband der Deutschen Industrie**, die Mittelstandsbank IKB und die Beratungsfirma Ernst & Young. (AP)

Deutsche stocken ihre Vorräte beim Heizöl auf

Hamburg - Zu Beginn der Heizperiode haben sich die Haushalte in Deutschland mit Heizöl eingedeckt. "Die Tanks sind zu 68 Prozent gefüllt", sagte Jörg Debus, der Leiter des Heizölgeschäfts bei Shell Deutschland. "Damit liegt die Bevorratung im Vergleich der vergangenen zehn Jahre weit über dem Durchschnitt." Der Shell-Manager führte die hohen Vorräte auf die seit dem Herbst

sinkenden Preise zurück. (dpa)

Verstaatlichte Banken sollen Firmen stützen

London - Die britische Regierung will zwei größtenteils verstaatlichte Banken zur Kreditvergabe zwingen. Die Royal Bank of Scotland (RBS) und die Lloyds Banking Group sollen 27 Milliarden Pfund (derzeit 29 Milliarden Euro) für kleine und mittelständische Unternehmen bereitstellen, berichtet die Zeitung "The Times". Laut Finanzministerium haben die Bankengruppen bisher nicht die zugesagten Volumen vergeben, obwohl es eine ausreichende Nachfrage gebe. Unterdessen fordern Tausende privater Anleger der RBS neun Milliarden Pfund Entschädigung vom ehemaligen Vorstand. Sie begründen ihre Klage damit, dass der damalige Vorstandschef Fred Goodwin und seine Kollegen die Anleger über die Finanzlage getäuscht hätten, als sie im April 2008 in die Bank investierten. (dpa)

Daimler will Leihautos weltweit anbieten

Frankfurt - Daimler will sein Carsharing-Geschäft ausbauen. Das Pilotprojekt Car2Go (Autos zum Mitnehmen) in Ulm sei erfolgreich angelaufen, sagte Vorstandschef Dieter Zetsche der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung". "Mitte 2010 ist das Konzept international marktfähig. Dann könnten wir es auf weitere Städte ausdehnen." Daimler hat in Ulm 200 Smart-Zweisitzer verteilt. Sie können spontan gemietet werden, bezahlt wird nach der Fahrzeit. Im November startet der Konzern mit dem Projekt in Austin (Texas). Paris soll 2010 folgen. (dpa)

Pfandbrief-Kurse

An der Hanseatischen Wertpapierbörse in Hamburg notierten Pfandbriefe im Durchschnitt wie folgt: 1,50 %, Laufzeit zwei Jahre: 99,65 %; 2,75 %, Laufzeit fünf Jahre: 99,70 %; 3,75 %, Laufzeit zehn Jahre: 100,65 %; 4,00 %, Laufzeit 15 Jahre: 99,50 %.